

### Der Linzer Gemeinderat gegen die Zensur.

Wien, 23. Februar.

Im Linzer Gemeinderat wurde gestern über den Dringlichkeitsantrag Gruber beraten, welcher lautete: Das österreichische Parlament und die Landtage sind geschlossen. Daher verbleibt der Bevölkerung zur Erörterung aller notwendigen Lebensfragen nur noch die Presse, die jedoch trotz ihrer korrekten Haltung in allen Fragen der Vaterlandsverteidigung durch die Presszensur derart in ihrer Aufgabe gehemmt wird, daß sogar amtliche Erklärungen und Bemerkungen amtlicher Organe von ihr nicht verschont bleiben. Diese Zustände, welche die österreichische Presse gegenüber der ausländischen, die größere Bewegungsfreiheit genießt, in den Nachteil bringen und der Bevölkerung die Vertretung ihrer Interessen unmöglich machen, haben eine Reihe von Körperschaften, so das Präsidium des Abgeordnetenhauses, der Niederösterreichische Gewerbeverein und die kärntnerische Handels- und Gewerbekammer veranlaßt, an die k. k. Regierung mit der Forderung heranzutreten, daß der Wirkungsbereich der Presszensur nur auf das Verbot beunruhigender und schädlicher Nachrichten über die Bewegungen des Heeres und der Flotte einzuschränken sei, sonst aber der Presse jener Spielraum zur Erörterung öffentlicher Fragen zu gewähren sei, der uns gegenüber der freien Meinungsäußerung in Ungarn und im Deutschen Reich nicht zurücksteht. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz schließt sich dieser Forderung an und beauftragt den Herrn Bürgermeister, diese Kundgebung zur Kenntnis der k. k. Regierung zu bringen.

In der Debatte betonte Gemeinderat Dr. Rautenfeiner, daß alle Gemeinderäte mit dem Antrage einverstanden seien. Der Staat selber hätte das größte Interesse daran, gerade jetzt, wo er der Anschauungen aller Mitbürger bedürfe, die ganze Bevölkerung zu Mitarbeitern zu haben und jene Gedanken, welche nicht in Regierungskreisen entstehen, aus der Bevölkerung herausichöpfen zu können. Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.